

**XXI. Beirat beim Ortsamt Burglesum**  
**Niederschrift über die 32. Beiratssitzung am 28.04.2026**  
**im Sitzungsraum des Ortsamtes Burglesum (Untergeschoss)**  
**Oberreihe 2, 28717 Bremen**  
**Beginn: 19:00 Uhr**  
**Ende: 21:00 Uhr**

Anwesend waren

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

SPD: Maren Wolter, Niels Heide, Bianca Lönnecker, Hartmut Kusber, Alessandro Bünnagel

CDU: Helga Lürßen, Isolde Eylers, Heiko Klaus Klepatz

Bündnis 90/Die Grünen: Barbara Punkenburg, Ulrike Schnaubelt

Bündnis Deutschland: Jens-Rainer Jurgan

FDP: Julian Serbest

BSW: Rainer Tegtmeier

Parteilos: Oliver Meier

Vorsitzende: Sabine Tietjen, Abwesenheitsvertretung des Ortsamtsleiters

Protokoll: Melanie Schäfers-Severin, Stadtteilassistentin Ortsamt

Gäste: Felix Seidel v. d. Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

Märthe Maria Stamer v. d. Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

Dieter Regent, Amt für Soziale Dienste

Marc Vobker, Quartiersmanager Marßel

Elsche Wilts, Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

Jolasse Lampert, Planungsbüro ARGUS Stadt und Verkehr Partnerschaft mbB  
Hamburg

\*

**Frau Tietjen** eröffnet die Sitzung.

**Frau Tietjen** weist darauf hin, dass zur Erstellung des Protokolls Tonbandaufnahmen angefertigt werden.

**Genehmigung der Tagesordnung:**

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 17.04.2026 fristgerecht verschickt.

**Beschluss zur Tagesordnung:** (einstimmig)

*Die Tagesordnung wird beschlossen.*

**TOP 1:           Genehmigung der Protokolle vom 24.02.2026 und 17.03.2026**

Es sind keine Änderungswünsche eingegangen.

Die Abstimmung erfolgt einzeln.

*Das Protokoll vom 24.02.2026 wurde einstimmig genehmigt.*

*Das Protokoll vom 17.03.2026 wurde einstimmig genehmigt.*

**TOP 2: Anträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten von Bürger\*innen**

Keine

**TOP 3: Struktur der offenen Kinder- und Jugendarbeit ab 2027/ Auswirkungen für Burglesum**

**Frau Tietjen** begrüßt **Felix Seidel** und **Märthe Maria Stamer** von der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration sowie **Dieter Regent** vom Amt für Soziale Dienste.

**Herr Seidel** stellt mittels einer Präsentation (siehe Anlage 1) die neue Struktur der offenen Kinder- und Jugendarbeit vor.

Bisher wurden die Zuwendungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit dezentral geplant und gesteuert. Es gab bislang wenig klare Kriterien, auch hinsichtlich des Betriebs der Einrichtungen. Die Mittelverteilung erfolgte jährlich angepasst, abhängig von den zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Seit 2022 laufen Prozesse, um das Arbeitsfeld strukturell weiterzuentwickeln. Zu den Maßnahmen gehören unter anderem:

- eine transparentere Bedarfsberechnung,
- die Entwicklung von Standards für Qualität und Ausstattung der Einrichtungen,
- klarer organisierte Planungsprozesse sowie
- eine Erhöhung der Planungssicherheit.

Die Einrichtungsstandards definieren verschiedene Einrichtungstypen und legen unter anderem fest:

- wie viel Fachpersonal in einer Einrichtung tätig sein soll,
- welche Sachmittel und Verwaltungskosten notwendig sind,
- wie viele und wann Öffnungszeiten vorzuhalten sind,
- sowie weitere Aufgaben der Einrichtungen (z. B. Vor- und Nachbereitung, Vernetzung im Stadtteil).

Einrichtungen, die zukünftig institutionell gefördert werden sollen, müssen nach diesen Standards gefördert werden können. Das bedeutet, dass auf Ebene des jeweiligen Planungsgebietes ausreichend Mittel zur Verfügung stehen müssen, um die Förderung sicherzustellen.

Neben den Einrichtungsstandards wird es auch weiterhin Projektförderungen geben, um die Angebotslandschaft zu ergänzen. Der Anteil der Projektförderungen sollte dabei mindestens 10 % betragen.

Die Umsetzung der Einrichtungsstandards wird derzeit vorbereitet. Dazu werden Bestandsaufnahmen durchgeführt und beraten, wo und in welchem Umfang die Standards angewendet werden können.

Die Entscheidung über die Einführung der Einrichtungsstandards soll der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen vor der Sommerpause 2026 treffen.

Es folgen Wortmeldungen der Beiratsmitglieder:

**Frau Wolter** bedankt sich für die Vorstellung der Ergebnisse, äußert jedoch deutliche Kritik an den vorgeschlagenen Maßnahmen. Sie betont, dass für eine erfolgreiche Beziehungsarbeit mit Jugendlichen ein stabiler Personalkörper und damit Kontinuität in den Einrichtungen notwendig sei. Diese Kontinuität könne durch eine ausschließliche Projektförderung nicht gewährleistet werden.

Sie weist darauf hin, dass Burglesum zwei kleinere Gebiete sowie ein WIN-Gebiet umfasse und es dort aufgrund geografischer Barrieren einen besonders hohen Bedarf an Jugendförderung und Integrationsarbeit gebe. **Frau Wolter** merkt an, dass laut den aktuellen Planungen das UPS aus der institutionellen Förderung herausfallen soll, was sie kritisch sehe. Bezüglich der Mittelverteilung äußert sie Unverständnis: Trotz einer Erhöhung der Mittel für Burglesum von 561.129,24 € auf 714.716,41 € und einer Anpassung des Berechnungsfaktors (BV) von 4,7 auf 5,0 sehe sie keinen Zusammenhang mit dem tatsächlichen Bedarfsermittlungsergebnis.

**Frau Wolter** fordert ausdrücklich die Einrichtung einer Jugendeinrichtung in Marßel mit mindestens 2 FTE (Full-Time Equivalent/ Vollzeitäquivalent). Sie verweist auf den laufenden Generationswechsel im Stadtteil und betont die Notwendigkeit einer nachhaltigen Aufbauarbeit. Die Schließung des UPS in Marßel lehne sie entschieden ab.

**Herr Heide** begrüße es grundsätzlich, wenn über bessere Standards für Jugendeinrichtungen diskutiert werde. Auch die Einführung einer Mindestanzahl an Vollzeitäquivalenten (FTE) bewerte er positiv. Er äußert jedoch Unverständnis darüber, dass Bremen-Nord trotz erheblicher finanzieller Mittel für Jugendeinrichtungen mit der Schließung des UPS in Marßel konfrontiert sei. Besonders kritisch sehe er, dass die Schließung ausgerechnet in Marßel erfolgen solle. **Herr Heide** findet, dass der Eindruck erweckt werden könne, privilegierte Stadtteile wie St. Magnus und Lesum würden indirekt zur Schließung des UPS beitragen. Er halte es für nicht vertretbar, eine Jugendeinrichtung in einem WIN-Gebiet zu schließen, nur weil der Standardquotient für Burglesum insgesamt höher ist als in anderen Stadtteilen. Abschließend regt **Herr Heide** an, zu prüfen, ob Mittel, die für Projektarbeiten vorgesehen sind, genutzt werden könnten, um eine Lösung für den Standort Marßel zu finden.

**Frau Lürßen** bedankt sich für die Vorstellung. Sie äußert ihre Besorgnis über die mögliche Schließung des UPS in Marßel und bezeichnet dies als problematisch. Es bestehe Unklarheit darüber, wie das Gebäude künftig genutzt werden soll und wie die zukünftige Finanzierung der Projekte aussehen werde. Zudem stelle sie die Frage, an welchen Orten die Projekte künftig stattfinden sollen – ob an wechselnden Standorten oder im Nachbarschaftshaus. Sie stellt fest, dass noch viele offene Fragen bestehen, die dringend geklärt werden müssen. Insbesondere für Kinder und Jugendliche sei ein verlässlicher und vertrauensvoller Anlaufpunkt erforderlich. Die Durchführung von Projekten an wechselnden Orten biete keine ausreichende Verlässlichkeit. **Frau Lürßen** weist darauf hin, dass auch Kinder im Alter von 10 bis 12 Jahren das UPS besuchen und nicht mobil genug seien, um beispielsweise nach Lesum auszuweichen. Abschließend erklärt sie, dass man sich parteiübergreifend für den Erhalt des UPS in Marßel einsetzen werde.

**Herr Jurgan** berichtet, dass er im Jugendstrafvollzug der Justizvollzugsanstalt tätig war. Er gibt zu bedenken, dass unzureichende Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie der Wegfall wohnortnaher Betreuungsangebote negative Folgen haben können. Daher sei die einzige sinnvolle Forderung der Erhalt des UPS mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln.

**Herr Vobker**, Quartiersmanager in Marßel, schließt sich den Ausführungen der Vorredner\*innen an und begrüßt die parteiübergreifende Positionierung zum Thema. Er weist darauf hin, dass Marßel rund 5.500 Einwohnerinnen und Einwohner habe und die höchste Armutsquote in Burglesum aufweise. Besonders kritisch sehe er die geplante Schließung des UPS in einem Stadtteil, in dem der Generationswechsel im vollen Gange sei, Migration eine große Rolle spiele und viele Kinder keine Möglichkeit haben, Freizeitangebote außerhalb des Stadtteils wahrzunehmen. Er empfinde es als nicht nachvollziehbar, dass gerade dort, wo der Bedarf am größten sei, das Angebot nicht erhalten, sondern innerhalb von Burglesum umverteilt werden soll.

**Herr Vobker** weist darauf hin, dass es in Marßel – im Gegensatz zu anderen Stadtteilen mit Quartierszentren – außer dem UPS keine weiteren Angebote für Kinder und Jugendliche gebe. Einrichtungen wie ein Spielhaus, ein Haus der Familie, „Ankommen im Quartier“ oder Städtebauförderung fehlen in Marßel vollständig. Sollte das UPS geschlossen werden, bliebe lediglich das Nachbarschaftshaus als Einrichtung übrig, dessen Angebote sich jedoch überwiegend an ältere Menschen richten.

Er hebt hervor, dass das UPS trotz einer geringen Förderung von 0,8 BV sehr erfolgreich mit etwa 30 regelmäßig teilnehmenden Kindern und Jugendlichen arbeitet. Besonders bedankt er sich bei Herrn Alen Lilic für dessen engagierten Einsatz.

Abschließend spricht sich **Herr Vobker** ausdrücklich für den Erhalt des UPS in Marßel aus.

**Herr Seidel** nimmt Bezug auf die Frage, warum so viele Mittel an die eigene Abrechnung gebunden seien. Er erläutert, dass dies darauf zurückzuführen ist, dass in den derzeitigen Einrichtungen in Burglesum die Vergütung der Fachkräfte deutlich unter dem vorgesehenen Tarif liegt. Zwar könne er diese Situation aktuell nicht auflösen, stellt jedoch klar, dass das Ziel sei, Fachkräfte künftig tarifgerecht zu bezahlen.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Aufwuchs nicht unmittelbar in den Beschäftigungsvolumina (BV) sichtbar sei, sondern sich in den veranschlagten Personalausgaben widerspiegele. Sollte die Situation bestehen bleiben, dass weiterhin unter Tarif bezahlt werde, bedeutet dies, dass zusätzliche Mittel für Projekte zur Verfügung stehen könnten und somit eventuell eine größere Projektförderung für das UPS in Marßel möglich wäre. Projektmittel seien ein wesentlicher Bestandteil der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die nicht gekürzt oder gestrichen werden sollen. Zwar unterscheide sich der Betrieb einer Einrichtung von der Projektförderung, jedoch seien die finanziellen Mittel vorhanden. Das Bedarfsermittlungsverfahren werde jährlich durchgeführt, sei tarifsensibel ausgestaltet und daher nicht zur Kürzung vorgesehen.

**Herr Alan Lilic** vom Jugendclub UPS Marßel schildert die ihm genannten Gründe für die geplante Schließung des UPS. Demnach seien die aktuellen Öffnungszeiten des UPS nicht ausreichend, um eine sozialräumlich wirksame Arbeit zu gewährleisten. **Herr Lilic** führt aus, dass er drei andere Einrichtungen kenne, die an fünf Tagen pro Woche geöffnet seien, während alle übrigen – ebenso wie das UPS – an vier Tagen pro Woche geöffnet hätten. Weiterhin wurde als Begründung angeführt, dass andere Angebote im Sozialraum zu

relevanten Zeiten teilweise die gleiche Funktion übernehmen könnten. **Herr Lilic** stellt hierzu die Frage, um welche konkreten Angebote es sich dabei handeln solle.

Eine feste bestehende Einrichtung, die über 20 Jahre in einem sozialen Brennpunkt eine Konstanz aufgebaut habe, dürfe man nicht einfach aufgeben.

**Frau Schnaubelt** äußert, dass aus ihrer Sicht die senatorische Behörde bei der Entscheidung ausschließlich den Sozialindex zugrunde gelegt habe. Als Beispiel führt sie an, dass in einer kleinen Einrichtung in Blumenthal ebenfalls zwei Stellen geschaffen wurden, während Marßel offenbar benachteiligt werde. Sie betont, dass sie sich den Vorredner: innen anschließt und die aktuelle Verteilung der Ressourcen insbesondere in einem Gebiet wie Marßel für nicht angemessen halte. Ihrer Ansicht nach wäre es sinnvoller, bei anderen Einrichtungen mit drei Stellen eine Stelle zu reduzieren und diese Ressourcen bedarfsgerecht umzuverteilen. Abschließend kritisiert sie die aktuelle Politik als falsch und merkt an, dass die Folgen dieser Entscheidungen später wieder korrigiert werden müssten.

**Frau Schöllhammer**, Leiterin der Oberschule Helsinkistraße, äußert erhebliche Bedenken hinsichtlich der aktuellen Diskussion um die Schließung des UPS in Marßel. Marßel weise – ebenso wie Blumenthal – einen Sozialindikator von 5 auf und zähle damit zu den besonders benachteiligten Gebieten. Besonders kritisch sehe sie, dass ausgerechnet in einem Stadtteil mit solch hohem Unterstützungsbedarf ein Haus geschlossen werden soll, das nachmittags die Kinderbetreuung sicherstellt und direkt mit den Kindern arbeitet.

Offene Projektarbeit am Nachmittag sei kein adäquater Ersatz für eine verlässliche Einrichtung. Sie verweist auf eigene Erfahrungen im Ganztagsbereich ihrer Schule, wo offene Angebote insbesondere für Kinder im Alter von 10 bis 12 Jahren nicht ausreichend greifen. Gerade diese Kinder seien in Marßel besonders betroffen, da sie häufig entwurzelt seien und nicht auf ein stabiles familiäres Umfeld zurückgreifen könnten. Eine kontinuierliche Sozialarbeit im Stadtteil sei daher unerlässlich, um diese Kinder aufzufangen.

**Frau Schöllhammer** findet es unangemessen, dass in einem Gebiet mit Sozialindikator 5 und als ausgewiesenes WIN-Gebiet, in dem die Fördergelder bereits von 75.000 € auf 150.000 € erhöht wurden, nun das UPS geschlossen werden soll. Sie warne davor, die Bedarfe in Marßel und Blumenthal gegeneinander auszuspielen, und bezeichne dieses Vorgehen als grenzwertig und nicht kindgerecht.

**Arian Bünnagel**, Mitglied des Jugendforums Burglesum, merkt an, dass mit der Schließung des UPS in Marßel den Kindern ein sicherer Rückzugsort genommen würde. Viele Kinder seien auf das UPS angewiesen, beispielsweise weil sie zu Hause keine Möglichkeit hätten, in Ruhe Hausaufgaben zu machen, oder weil sie in belasteten Familiensituationen leben, in denen häufig Streit herrsche und die Kinder mit einbezogen werden. Er stellt die Frage, wohin diese Kinder gehen sollen – insbesondere, wenn alternative Projekte nur zeitlich befristet angeboten werden. Aus seiner Sicht werden die Kinder und Jugendlichen durch die Schließung im Stich gelassen. Er bezeichne dies als respektlos gegenüber den jungen Menschen, die die Zukunft des Stadtteils darstellen, und hebt hervor, wie wichtig es sei, sich um sie zu kümmern und sie nicht allein zu lassen.

**Frau Stamer** äußert sich wie folgt:

Aktuell finden die Planungskonferenzen statt, in denen die Vorbereitungen für die Entscheidungen des Jugendhilfeausschusses zu institutionell geförderten Einrichtungen getroffen werden. Für diese Einrichtungen wurden im Rahmen einer fachlichen Diskussion

Einrichtungsstandards im Sinne von Mindest- und Qualitätsstandards entwickelt und anschließend im Jugendhilfeausschuss verabschiedet.

Derzeit stehe die Umsetzung dieser Einrichtungsstandards auf Ebene der Sozialzentren im Fokus. Im Rahmen der Mittelverteilung soll die institutionelle Förderung vorrangig abgesichert werden, um den Trägern Planungssicherheit zu gewährleisten. Das Bedarfsermittlungsverfahren ist tarifyndynamisiert. Es werde empfohlen, maximal 90 % der Mittel für die institutionelle Förderung einzuplanen.

In den Planungskonferenzen sowie in weiteren Gesprächen wurde die Situation des UPS in Marßel intensiv diskutiert, da hier besonderer Klärungsbedarf bestehe. Aus Sicht der Verwaltung spreche nichts dagegen, das UPS in Marßel im Rahmen einer Projektförderung fortzuführen.

Nach aktuellem Stand sei es jedoch nicht möglich, für alle Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen die gleichen Planungssicherheiten, die Tarifyndynamisierung sowie die Mittelverteilung auf Basis von Jugendbevölkerungsvorausrechnungen und Sozialindikatorik zuzusichern. Bereits jetzt werde mit einer Kombination aus institutioneller Förderung und Projektförderung gearbeitet. Es gebe auch Projektförderungen, die über viele Jahre angelegt seien.

**Frau Tietjen** bedankt sich bei den Referenten für die gemachten Ausführungen.

**Beschluss:** (14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

- 1. Der Beirat Burglesum fordert, in allen Freizeiteinrichtungen eine institutionelle Förderung von jeweils mindestens zwei Stellen zu ermöglichen. Die im Freizi Burglesum fehlenden Ressourcen sollen über Projektmittel abgedeckt werden, um das große Gebäude angemessen nutzen zu können.*
- 2. Der Beirat Burglesum lehnt die vorgeschlagene Herausnahme des Ups in Marßel aus der institutionellen Förderung aufs Schärfste ab. Gerade das WIN-Gebiet Marßel weist aufgrund der dortigen Sozialindikatoren einen besonders hohen Bedarf an Jugendförderung auf. Hier ist gemäß der neuen Einrichtungsstandards ein Aufwuchs von mindestens zwei BV erforderlich. Ein Verweis auf Projektmittel wird dem Bedarf an nachhaltiger und guter Beziehungsarbeit nicht gerecht. Die Betriebskosten für das Gebäude würden auch im Rahmen von Projektarbeit anfallen.*
- 3. Der Beirat Burglesum begrüßt die grundsätzliche Anwendung von Standards in der institutionellen Jugendförderung. Er begrüßt außerdem den von der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration vorgeschlagenen Personalzuschuss für das Jugendzentrum Burglesum mit drei Stellen sowie für den Fockengrund mit zwei Stellen. Der Fockengrund liegt in einem kleinräumigen Gebiet mit hohem Integrationsbedarf, dessen Jugendliche (vor allem Mädchen) nicht so mobil sind, dass sie andere Jugendeinrichtungen aufsuchen würden.*

Herr Bünnagel verlässt die Sitzung um 20:10 Uhr.

#### **TOP 4      Radpremiumroute – Vorstellung der Vorzugsvariante durch SBMS und Planungsbüro**

**Frau Tietjen** begrüßt **Elsche Wilts** von der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung und **Jolasse Lampert** vom Planungsbüro ARGUS Hamburg.

**Herr Lampert** stellt die Radpremiumroute anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2) vor.

Es folgen Wortmeldungen von den Beiratsmitgliedern.

**Herr Heide** bedankt sich für die Vorstellung der Vorzugsvariante. Er äußert, dass die nun vorgestellte Variante seiner Ansicht nach die beste der bisher präsentierten Optionen sei. Dennoch spreche er sich dafür aus, das Thema erneut im Verkehrsausschuss zu beraten, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf die verschiedenen Straßenabschnitte. Er weist darauf hin, dass es voraussichtlich einzelne Bereiche geben werde, die einer vertieften Betrachtung bedürfen.

**Herr Heide** zeigt sich überrascht darüber, dass die Route über den Deich, konkret über die Lesumbroker Landstraße, führen soll. Er erinnert daran, dass der Beirat in der Vergangenheit eine solche Streckenführung ausdrücklich abgelehnt habe. Abschließend merkt er an, dass seine persönliche Präferenz darin bestünde, auf eine Führung der Radpremiumroute über die Lesumbroker Landstraße zu verzichten.

**Frau Wilts** erläutert, dass sich das Vorhaben derzeit noch im Stadium von Machbarkeitsstudien befinde. Die endgültigen Streckenführungen werden erst im Rahmen der konkreten Straßenplanungen festgelegt. Bezüglich der Lesumbroker Landstraße stellt sie klar, dass die Machbarkeit einer Streckenführung nicht bedeute, dass Radfahrende künftig zwingend auf der Straße fahren müssen. Maßgeblich werden vielmehr geeignete Radverkehrsanlagen sein. Sie hebt hervor, dass dort eine ergänzende Maßnahme geschaffen wurde, die jedoch keine Nutzungspflicht für Radfahrende begründe. Es bestehen Potenziale, die im Hinblick auf zukünftige Fördermöglichkeiten geprüft und abgeglichen wurden. Ohne den Nachweis dieser Potenziale würden dort keine Premiumrouten geplant werden. Es handele sich um eine reine Angebotsplanung.

**Herr Jurgan** stellt eine Verständnisfrage zur Radpremiumroute: Bedeutet die Einrichtung einer Fahrradstraße, dass dort keine Autos mehr fahren dürfen?

Er regt zudem an, die zur Verfügung stehenden Mittel vorrangig für die Sanierung bestehender, beschädigter Radwege sowie für die Verbesserung der Fußwege zu verwenden, sodass auch Rollstuhlfahrende und Personen mit Kinderwagen ausreichend Platz haben. Das verbleibende Budget solle seiner Ansicht nach in die Erhaltung des UPS investiert werden.

**Herr Tegmeier** berichtet, dass er gemeinsam mit Frau Punkenburg vor elf Jahren Herrn Hamburger, den damaligen Experten für Radpremiumrouten, auf einer Strecke vom Grohner Sperrwerk bis nach Grambke begleitet hat. Dabei musste dem Experten zunächst erläutert werden, dass es die Lesumbroker Landstraße gibt und dass parallel dazu der Heinrich-Müller-Weg befahrbar ist.

**Frau Schnaubelt** bewertet die Vorzugsvariante als positiv. Sie weist darauf hin, dass diese Variante weitgehend mit der vom ADFC vorgestellten Route übereinstimme. Allerdings sehe sie auch Schwächen, insbesondere für Radfahrende ohne E-Bike, da die Steigungen auf der Strecke eine gewisse Fitness erfordern. Bezüglich der Lesumbroker Landstraße merkt sie an, dass eine Umsetzung in der aktuellen baulichen Situation ohne erhebliche finanzielle Mittel sehr schwierig sei. Abschließend stellt sie klar, dass eine Fahrradstraße bedeutet, dass Fahrräder Vorrang haben und alle Fahrzeuge (auch Autos) maximal 30 km/h fahren dürfen.

**Frau Wolter** bedankt sich für die umfangreiche Arbeit, die in die Ausarbeitung der Vorzugsvariante eingeflossen sei. Sie merkt an, dass im Bereich des Deichwegs, sofern die

Führung der Fußgänger oberhalb vorgesehen sei, der Fußweg insbesondere hinsichtlich der Treppenanlagen ertüchtigt und gegebenenfalls Rampen gebaut werden müssten. Bezüglich der Lesumbroker Landstraße äußert sie die Hoffnung, dass am Industriepark eine Brücke über die Eisenbahn entstehen könnte. Dadurch würde eine neue Wegeverbindung geschaffen, sodass die Route nicht mehr über die Burger Brücke führen müsste.

**Herr Klepatz** bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen. Er merkt an, dass die vorgeschlagene Fahrradstrecke im Wesentlichen der Route entspricht, die bereits heute genutzt werde. Am Beispiel der Radpremiumroute am Osterdeich kritisiert er, dass dort die Gleichberechtigung zwischen Auto- und Radverkehr nicht mehr gegeben sei und befürchte eine ähnliche Entwicklung in Burglesum. Er äußert die Sorge, dass berechtigte Autofahrende künftig schlechter vorankommen, da bereits jetzt die Fahrt von Bremen-Nord in die Innenstadt aufgrund von Staus etwa 40 Minuten dauere. **Herr Klepatz** findet, dass beim Ausbau der Radpremiumroute eine Gleichberechtigung zwischen Auto- und Radverkehr gewährleistet sein sollte. Zudem kritisiert er, dass sehr viel geplant werde und die Planungskosten stetig steigen, während die praktische Umsetzung zu kurz komme. In diesem Zusammenhang stimme er Herrn Jurgan zu und bezeichnet die Mittelvergabe im Land Bremen als problematisch.

**Frau Lürßen** äußert, dass die geplante Route für Burglesum ihrer Ansicht nach keinen Mehrwert bietet. Sie erinnert daran, dass bereits vor Jahren diskutiert wurde, die Radpremiumroute durch den Ortskern von Lesum zu führen, um die Erreichbarkeit der Geschäfte zu gewährleisten. Die nun vorgesehene Variante verlaufe stattdessen durch ein kleines Wohngebiet; die Wilhelm-Haas-Straße sei zudem eine Tempo-30-Zone. Sie befürchtet, dass die Anwohnerinnen und Anwohner wenig erfreut sein werden, wenn dort künftig viele Radfahrende unterwegs seien. Positiv sehe sie lediglich, dass die Menschen weiterhin die bisherigen Wege nutzen können. Insgesamt bewerte sie die geplante Maßnahme als eine Verschlimmbesserung und könne ihr nichts abgewinnen.

**Frau Schnaubelt** fragt **Herrn Klepatz**, ob ihm die betreffenden Strecken und Straßen bekannt seien. Sie weist darauf hin, dass es sich hierbei überwiegend um kleinere Straßen mit geringem Verkehrsaufkommen handle. In diesen Bereichen gilt bereits eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h, sodass sich für den Kfz-Verkehr durch die Nutzung durch Fahrräder keine Änderungen ergeben würden. Frau Schnaubelt möchte Herrn Klepatz lediglich darauf hinweisen.

**Herr Klepatz** entgegnet, dass offenbar ein Missverständnis vorliege, was bei **Frau Schnaubelt** öfter vorkomme.

**Frau Tietjen** bittet **Herrn Klepatz** um Sachlichkeit und erteilt das Wort an **Herrn Möller**.

**Herr Möller** vom ADFC begrüßt die Vorstellung einer neuen Trasse ausdrücklich. Er weist darauf hin, dass möglicherweise noch eine weitere Planungsidee für die Lesumbroker Landstraße erforderlich sei. Herr Möller spricht sich dafür aus, dass der Beirat einen Beschluss fasst, wonach eine Wegführung durch Lesum bevorzugt werden solle, bevor eine Route entlang der Lesumbroker Landstraße realisiert werde. Er kritisiert, dass die derzeitigen Haupttrouten überwiegend entlang von Hauptstraßen verlaufen, insbesondere im Bereich St. Magnus, wo der Radstreifen als äußerst gefährlich eingeschätzt werde. Abschließend betont er, dass die aktuellen Planungen ein sichtbares Zeichen von Politik und Verwaltung seien, den Radverkehr zu fördern, da Bremen-Nord bei den Nutzerzahlen deutlich hinter Bremen liege.

**Herr H.** aus dem Publikum bittet um Klarstellung, ob er es richtig verstanden habe, dass im Bereich der Lesumbroker Landstraße weder eine Führung der Radfahrenden auf der Straße noch auf dem Deich vorgesehen sei, dort aber dennoch Planungen stattfinden. Er fragt nach, ob dies so zutrefte.

**Frau Wilts** antwortet, dass die aktuelle Planung im Wesentlichen das potenziell Machbare betrachte. Eine konkrete Ausgestaltung sei in diesem Planungsstand noch nicht vorgesehen. Die Planung eröffne jedoch Möglichkeiten für zukünftige Maßnahmen und schaffe die Grundlage dafür, den Radverkehr dort in Premiumrouten-Standardbreite zu führen. Dies bilde die Basis für alle weiteren Ausbaumaßnahmen.

**Herr S.** aus dem Publikum berichtet, dass er die Planungen bereits seit mehreren Jahren verfolge. Er äußert sein Unverständnis darüber, wie auf Basis der vorliegenden Pläne Entscheidungen getroffen werden können, da diese seiner Ansicht nach nicht nachvollziehbar seien. Insbesondere bemängelt er, dass der Kern von Lesum in den Plänen nicht ausreichend dargestellt werde. Als Lesumer interessiere ihn vor allem die Planung, die durch die Wohnstraßen führe; die Entwicklungen in Vegesack oder Blumenthal seien für ihn weniger relevant.

**Herr Lampert** erläutert, dass die Wegeführung in Lesum bereits konkret ausgearbeitet wurde. Für jeden Straßenabschnitt wurden grobe Darstellungen erstellt, wie die zukünftige Ausgestaltung aussehen könnte. Zudem wurden Maßnahmensteckbriefe angefertigt, sodass bereits detailliert auf die einzelnen Abschnitte eingegangen wurde, ohne jedoch in die konkrete Straßenplanung einzusteigen. Der Fokus lag dabei auf der Vorzugsvariante. **Herr Lampert** teilt mit, dass es in der aktuellen Planung ausschließlich um die Premiumroute und nicht um das gesamte Radverkehrsnetz in Lesum gehe.

**Frau Tietjen** bedankt sich bei den Referenten für die gemachten Ausführungen.

**Beschluss:** (13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

- *Der Beirat Burglesum nimmt die vorgelegte Planung zur Kenntnis.*
- *Er fordert, die Errichtung der Vorzugsvariante prioritär zu behandeln.*
- *Der Streckenabschnitt über die Lesumbroker Landstraße soll nachrangig behandelt werden.*
- *Bezüglich der Route über die Lesumbroker Landstraße erwartet der Beirat eine Vorstellung im Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus, wie eine bauliche Umsetzung aussehen könnte.*
- *Der Beirat bittet den Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus, sich erneut im Detail mit der geplanten Vorzugsvariante zu befassen.*

## **TOP 5: Vergabe der Beiratsmittel / 1. Rate 2026**

Frau Tietjen blendet die Liste der Anträge auf der Leinwand ein.

**Beschluss:**

*Abstimmung Ziffer 1 – 3 einstimmig.*

Ziffer 4:

Der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen fehlt die Kostenaufstellung für die Veranstaltung Blaulichthafen. Der Fraktion sind die Kosten mit 2.760 € zu hoch. Sie würden nur 2.000 € bewilligen.

Frau Tietjen lässt zunächst über die Bewilligung der 2.760 € abstimmen.

**Beschluss:** (11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)

*Ziffer 4: Es werden 2.760 € bewilligt.*

**Beschluss:**

*Ziffern 5 – 14 einstimmig*

Ziffer 15:

Die CDU möchte gerne nur die lange Nacht der Museen mit 400 € unterstützen anstatt die komplette Antragssummen in Höhe von 1.624,86 €.

Frau Tietjen lässt zunächst über die 1.624,86 € abstimmen.

**Beschluss:** (9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

*Ziffer 15: Es werden 1.624,86 € bewilligt.*

**Beschluss:**

*Ziffern 17 – 18 einstimmig*

Ziffer 19:

Die CDU möchte das Projekt nur mit 1.000 € unterstützen. Die CDU fragt sich, warum die Umkleiden von Künstlern umgestaltet werden soll. Der Größte Posten ist für einen Künstler gedacht.

Frau Tietjen lässt über die 2.000 € abstimmen.

**Beschluss:** (10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)

*Ziffer 19: Es werden 2.000 € bewilligt.*

**Beschluss:**

*Ziffern 20 – 23 einstimmig*

Ziffer 24:

Die SPD möchte den Verein nicht unterstützen, da der Traktor schon angeschafft wurde.

Frau Schnaubelt argumentiert dagegen, es wurde ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn beantragt.

**Beschluss:**

*Ziffer 24: Es werden 2.500 € bewilligt.*

**Beschluss:** (13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

*Ziffer 25: Es werden 4.200 € bewilligt*

Ziffer 26:

Die Grünen und die CDU sehen keinen Mehrwert für Burglesum durch das Magazin. Die zwei Artikel darin standen auch im Weser-Kurier. Außerdem liegt das Magazin nicht in Lesum aus. Frau Tietjen lässt über die 0,00 € abstimmen.

**Beschluss:** (13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Ziffer 26: Es werden 0,00 € bewilligt

**Beschluss:**

Ziffern 27 – 29 einstimmig

Übersicht der Beiratsmittel 2026 - 1. Rate					
Nr.	Antragsteller*In	Verwendungszweck	Gesamtkosten des Projekts	Antragssumme	Beschluss
1	Kinder- und Jugendbeirat	Beiratsmittel	10.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €
2	Beirat Burglesum	Repräsentative Zwecke	1.000,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €
3	Beirat Burglesum	Ilseburg	1.500,00 €	1.500,00 €	1.500,00 €
4	Beirat Burglesum	Blaulichthafen	2.760,00 €	2.760,00 €	2.760,00 €
5	Beirat Burglesum	Dixielandtage	6.000,00 €	6.000,00 €	6.000,00 €
6	Beirat Burglesum	Anschaffung Fahrrad Service Station "Mike"	2.300,00 €	2.300,00 €	2.300,00 €
7	Beirat Burglesum	Sportbox Abo	1.927,80 €	1.927,80 €	1.927,80 €
8	SVGO	Zirkus Fifex Anschaffungen	1.935,99 €	790,29 €	790,29 €
9	EPSYMO	Doppelsprossenwand Anschaffung	689,00 €	439,00 €	439,00 €
10	TSV-Lesum-Burgdamm e.V.	Erneuerung der kompletten Duschanlage in der Sporthalle Bördestraße	48.639,76 €	4.000,00 €	4.000,00 €
11	TSV-Lesum-Burgdamm e.V.	Beschaffung einer Ballwand für die Tennis-Außenanlage des TSV - Lesum	2.500,00 €	1.250,00 €	0,00 €
12	Kulturbüro Bremen Nord	Erstellungskostenzuschuss für Veranstaltungskalender	2.600,00 €	500,00 €	500,00 €
13	ALZ e.V.	Quartierscomputerraum Einrichtung	Keine Angaben	1.000,00 €	0,00 €
14	ALZ e.V.	Umweltwächter 2026	Keine Angaben	1.000,00 €	1.000,00 €
15	Lichthof Kunstfabrik Hennemann	Lichthof Kunstfabrik Programm 2026	1.910,65 €	1.624,86 €	1.624,86 €
16	AWO Soziale Dienste gGmbH	Kochprojekt Jugendclub Fockengrund	1.910,78 €	1.735,78 €	0,00 €
17	AG Sommer in Lesmona	Burglesumer Kulturtage	7.330,00 €	6.830,00 €	6.830,00 €
18	Wassersportverein Munte II e.V.	Reparatur der Zuwegung zur Anlagenstelle - Rentnerprojekt	3.816,26 €	3.616,26 €	0,00 €
19	Förderer der GS Am Mönchshof e.V.	Gestaltung der Sportumkleiden zum Abbau der Ängste und Streit	2.500,00 €	2.500,00 €	2.000,00 €
20	Schulverein der GS Burgdamm e.V.	Ausst. für Schulveranstaltungen - Kabeltrommel, Heißgetränkespender, Pavillon	719,55 €	575,00 €	575,00 €
21	Stadtbibliothek Bremen	"Demokratie unter Feuer" kooperatives augmented reality ab 12 Jahre	85.262,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €
22	Heimatverein Lesum e.V.	Druck eines Flyers für die Veranstaltungen	324,00 €	224,00 €	224,00 €
23	Heimatverein Lesum e.V.	Anschaffung eines Monitors	359,00 €	200,00 €	200,00 €
24	Segel-Verein Unterweser	Kauf Traktor ICH 844	20.500,00 €	5.000,00 €	2.500,00 €
25	TSV St. Magnus e.V.	Kleine Küchenzeile plus Kleingeräte	4.200,00 €	4.200,00 €	4.200,00 €
26	Vege sack Marketing	Zuschuss zweite Ausgabe Magazin "Nordwärts"	10.000,00 €	1.500,00 €	0,00 €
27	DLRG	Beschaffung zwei neuer Trockentauchanzüge (Segment 3)	2.943,10 €	2.943,10 €	2.943,10 €
28	Freunde der Konsonanz e.V.	Musik im Grünen	26.577,50 €	2.000,00 €	1.000,00 €
29	THW HV Bremen-Nord	Wasserschlucker mit zwei Schiebern	615,00 €	615,00 €	615,00 €
				<b>Mittelanschlag für 2026</b>	<b>74.935,02 €</b>
				<b>Antragssumme (Gesamt)</b>	<b>70.531,09 €</b>
				<b>Beschlussvorschlag</b>	<b>57.429,05 €</b>
				<b>Differenz / Restsumme</b>	<b>4.403,93 €</b>

**TOP 6: Geplante Anpassung des Planverfahrens zum Bebauungsplan 1277 (Geltungsbereich zwischen: südlich der Bahnstrecke Bremen-Vegesack - Bremen-Hbf, Alter Kirchweg, Auf dem Pasch, Ferdinand-Dreier-Weg, An Knoop Park)**

hier: Beschlussfassung des Beirates

Frau Tietjen erläutert vorab:

„In der vorletzten Beiratssitzung wurden die beiden Alternativen bereits vorgestellt. In der darauffolgenden Sitzung wurde vereinbart, die Entscheidung auf die heutige Sitzung zu vertragen.“

Frau Wolter schlug vor, Alternative 2 in Verbindung mit einem integrierten Artenschutzgutachten für den westlichen Teil des Plangebietes umzusetzen. Herr Hornhues schlug vor, Alternative 2 mit einer GRZ von 0,4 zu wählen und die Vorgabe der maximalen Grundfläche zu streichen.

Beide Vorschläge fanden keine Mehrheit. Der Beirat konnte sich somit nicht auf einen mehrheitlichen Beschluss einigen und vertagte die Entscheidung nach erneuter Beratung auf die heutige Sitzung.

Es wird daher erneut über die Vorschläge abgestimmt.“

**Beschluss:** (8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

*Der Beirat Burglesum verständigt sich auf die Alternative 2 in Verbindung mit integriertem Artenschutzgutachten für den westlichen Teil des Plangebietes.*

#### **TOP 7: Nachbewilligung aus dem ASV -Stadtteilbudget für die Erneuerung der vorhandenen Bank auf dem Lesumer Marktplatz**

Frau Tietjen schildert dem Beirat folgendes:

„Der Beirat hat bislang 4.000,00 Euro aus dem ASV-Stadtteilbudget für die Anschaffung von zwei neuen Bänken auf dem Lesumer Marktplatz bewilligt.

Aktuell besteht die Möglichkeit, stattdessen eine Rundbank zu bestellen. Diese ist jedoch teurer als die ursprünglich geplanten Einzelbänke; das Angebot für die Rundbank beläuft sich auf ca. 8.100,00 Euro. Für beide Varianten fallen zusätzlich Kosten für Abbau und Aufbau der Bänke in Höhe von ca. 1.800,00 Euro an.

Daher ist eine Nachbewilligung der Montagekosten in Höhe von 1.800,00 Euro erforderlich. Sollte die Rundbank gewählt werden, wäre zudem eine Nachbewilligung der Mehrkosten in Höhe von 4.100,00 Euro notwendig. In diesem Fall müsste der Beirat insgesamt 5.900,00 Euro nachbewilligen.“

**Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat Burglesum bewilligt die zusätzlichen Kosten für die Anschaffung einer neuen Rundbank zuzüglich Montagekosten in Höhe von 5.900,00 € aus dem ASV-Stadtteilbudget.*

#### **TOP 8: Änderung der Geschäftsordnung des Beirates**

**Frau Tietjen** erläutert, dass sich der Koordinierungsausschuss auf eine Änderung der GO verständigt hat.

Es wird folgende Änderung vorgeschlagen:

**Beschluss:** (einstimmig)

Die Geschäftsordnung des Beirates Burglesum wird wie folgt geändert.

## § 2 Tagesordnung

### Änderung:

(8) Anträge der Parteien, Einzelmitglieder und des Jugendforums Burglesum sind grundsätzlich schriftlich und mindestens 14 Tage vor der Sitzung beim Ortsamt einzureichen. Anträge nach dieser Frist sind nur dann einzubringen, wenn die Angelegenheit dringend ist. Der Beirat entscheidet über die Dringlichkeit und ob der Antrag auf die Tagesordnung gesetzt wird.

### **Top 9:           Mitteilungen der Ortsamtsleitung**

- Die Burglesumer Kulturtage eröffnen am 30. Mai 2026. Veranstaltungsdauer ist vom 30.05. – 07.06.2026
- Der Regionalausschuss Bremen-Nord ist für den 04. Juni 2026 geplant.

### **TOP 10:        Mitteilungen der Beiratssprecherin**

Keine

### **TOP 11:        Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten**

Keine

**Frau Tietjen** schließt die Sitzung um 21:00 Uhr.

**gez. Tietjen**  
Vorsitzende

**gez. Wolter**  
Sprecherin des Beirates

**gez. Schäfers-Severin**  
Protokoll